

Die Wirtschafts- und Währungsbeziehungen zwischen Belarus und Russland: Trügerisches Auffangnetz für eine reformunwillige Volkswirtschaft

Danejko, Elena

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Danejko, E. (2000). *Die Wirtschafts- und Währungsbeziehungen zwischen Belarus und Russland: Trügerisches Auffangnetz für eine reformunwillige Volkswirtschaft*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 26/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45106>

Nutzungsbedingungen:

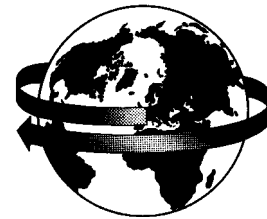
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 26/2000

2. Mai 2000

Die Wirtschafts- und Währungsbeziehungen zwischen Belarus und Russland

Trügerisches Auffangnetz für eine reformunwillige Volkswirtschaft

Zusammenfassung

Die Autorin, eine Journalistin aus Minsk, erörtert die Motivation und die wirtschaftlichen Implikationen, die mit der Währungsunion zwischen Belarus und der Russischen Föderation verbunden sind. Einen der wichtigsten Gründe für die Integration beider Staaten sieht sie darin, daß Belarus sich den Zugang zu russischen Rohstoffen zu niedrigen Preisen sichern und die Einführung notwendiger makroökonomischer Reformen aufschieben möchte. Sie ist der Auffassung, daß der Weg zu einer tatsächlichen Währungsvereinigung gerade einmal zur Hälfte zurückgelegt ist. Effizienz der Volkswirtschaft und Einbindung in den Welthandel, die weit mehr zur Stabilität der Währung und zur wirtschaftlichen Erholung des Landes beitragen würden, werden durch die Integrationsbemühungen jedoch nicht gefördert. Gleichzeitig ist der Einigungsprozeß durch eine asymmetrische Erwartungshaltung der Länder, Divergenzen der makroökonomischen Parameter und zwei schwache Währungen gekennzeichnet. Damit verspricht die Währungsunion für Belarus keine wirtschaftlichen Impulse.

Einführung

Mit der Schaffung einer Wirtschaftsunion zwischen Rußland und Belarus verfolgen die meisten russischen Politiker geopolitische Interessen. Der Mythos von der Wiederherstellung des Wirtschaftsraums der ehemaligen Sowjetunion läßt die Illusion eines zweiten geopolitischen Pols der Welt aufkommen. Indessen ist eine reale Basis für die Schaffung eines vierten eigenständigen Kraftzentrums (neben den USA, dem vereinigten Europa und Japan) offenkundig nicht gegeben. Gemessen am absoluten Produktionsvolumen liegt Rußland, auf das nur 1,5 Prozent des Bruttoweltprodukts entfallen, sogar noch hinter Kalifornien. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung rangiert Rußland nach Ländern wie Surinam, Botswana oder den Fidschi-Inseln. Der Außenhandelsumsatz Rußlands beträgt nur 40 Prozent des Wertes für Belgien.

Die wirtschaftliche Freiheit ist in Belarus weitaus geringer als in entwickelten Ländern und Rußland. Schon ganz grobe Berechnungen zeigen, daß der Staatsanteil in Belarus etwa drei bis viermal höher ist als in Rußland. Im Jahr 1999 wurden fast 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vom Staat umverteilt. Etwa 50 Prozent des BIP wurden über den Staatshaushalt und mittels extrabudgetärer Fonds

umverteilt, ca. 7 Prozent des BIP macht die Inflationssteuer aus und ca. 8 Prozent des BIP die Kursdifferenz beim Pflichtverkauf von Devisen, die um fast 1,5 mal höher liegt als in Rußland. Exporteure müssen nämlich 30 Prozent ihrer Deviseneinnahmen zwangsweise verkaufen. Die weißrussische Inflationsrate war mit über 150 Prozent im Jahre 1999 dreimal höher als die russische. Wegen der in Belarus bestehenden künstlichen Beschränkungen des Warenexports und wegen dreier unterschiedlicher Devisenkurse, durch die normale Berechnungen im Außenhandel behindert werden, ist der Grad der Außenhandelsliberalisierung weitaus niedriger als in Rußland.

Eines der schwierigsten Probleme des unabhängigen Belarus ist nach wie vor die ungenügende Vorbereitung und mangelnde Kompetenz der heimischen Entscheidungsträger zur eigenständigen Entwicklung des Landes sowie das Unvermögen, auf die laufenden Veränderungen angemessen zu reagieren. Im Versuch, alle Mißerfolge und Mängel der weißrussischen Wirtschaft mit dem "Abreißen der Wirtschaftsverbindungen" zu erklären, äußern sich nur der Schrecken und die Inkompetenz der Direktoren und politischen Führer, die nicht in der Lage sind, die Situation zur Bildung einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Lebensqualität zu nutzen. Statt die Wirtschaft zu reformieren, bemühen sich die führenden Politiker von Belarus um eine verstärkte Integration mit Rußland, vornehmlich um den Zugang zu russischen Rohstoffen und Energieträgern zu russischen Inlandspreisen zu erlangen. Trotz langjähriger Bemühungen ist dieses Ziel weiterhin unerreichbar. Aber auch wenn es erreicht werden sollte, wird das die Probleme der weißrussischen Wirtschaft – vor allem die geringe Effizienz – nicht lösen. Billigere Energieträger – eines der Hauptargumente für die Integration von Belarus und Rußland – wirken auf die weißrussische Wirtschaft wie eine neue Dosis auf einen Drogenabhängigen. Niedrigere Preise führen zu hohem, unrationellem Verbrauch, der schon jetzt 8-9 mal höher ist als im europäischen Durchschnitt.

Der Weg zur Integration ist noch nicht einmal halb zurückgelegt

Laut Aleksej Kirejew lassen sich folgende Stufen der Integration unterscheiden:¹

1. Präferenz-Handelsabkommen (gegenseitige Begünstigung größer als gegenüber Drittländern);
2. Freihandelszonen (völlige Abschaffung der gegenseitigen Zolltarife unter Beibehaltung der nationalen Tarife gegenüber Drittländern);
3. Zollunionen (Einführung eines einheitlichen Systems von Zolltarifen und außertariflichen Beschränkungen gegenüber Drittländern);
4. gemeinsame Märkte (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital im Rahmen der Union);
5. Wirtschaftsunionen (Koordination der makroökonomischen Politik und Vereinheitlichung des Haushalts- und Steuerrechts und der Geld- und Devisengesetzgebung der Teilnehmerländer);
6. politische Unionen (Schaffung starker und mit Vollmachten ausgestatteter supranationaler Organe der Staatsverwaltung; Übertragung eines erheblichen Teils der nationalen Souveränität an sie).

Wenn man die Klassifizierung nach Etappen zugrunde legt, dann zeigt sich ganz deutlich, daß Elemente der Währungsintegration erst in der vorletzten, der fünften Etappe erkennbar auftreten können. Und erst in der letzten Etappe kann ernsthaft von der Bildung eines einheitlichen Emissionszentrums und damit von einer einheitlichen Unionswährung gesprochen werden. Betrachtet man alle bislang unterzeichneten Abkommen über die Schaffung eines Unionsstaates zwischen Rußland und Belarus, wird klar, daß der Weg zur Integration noch nicht einmal zur Hälfte zurückgelegt ist: Gegenwärtig sind noch nicht alle mit der Errichtung einer Zollunion

¹ Materialien zum Seminar "Wirtschaftliche Probleme einer Währungsunion Belarus-Rußland", das am 26. Februar 2000 in Minsk auf Initiative des Instituts für Privatisierung und Management und der Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität stattfand.

zusammenhängenden Probleme bewältigt. Die Existenz freier Wirtschaftszonen und das Fehlen von Mechanismen z.B. zur Schmuggelbekämpfung machen die Union unbeständig. Die ständigen Versuche von Belarus, die inneren Probleme des Landes auf Kosten Rußlands zu lösen, sind offenkundig nicht der beste Weg zur wirtschaftlichen Integration. In Belarus hat man z.B. begonnen, Zugang zur russischen Notenpresse zu suchen (selbst um den Preis des Verzichts auf eine souveräne Geld- und Kreditpolitik), anstatt die nationale Wirtschaft zu reformieren und ihre Effizienz und Einbindung in den Welthandel zu steigern. Letzteres wäre aber der einzige Weg zu einem stabilen Wirtschaftswachstum und zur Währungsstabilität.

Auch wenn in dem von den Präsidenten von Rußland und Belarus unterzeichneten Aktionsprogramm zur Bildung eines Unionsstaates (Dezember 1999) von der Einführung einer Einheitswährung gegen Ende 2005 die Rede ist, kann eine reale Währungsintegration in nächster Zukunft wohl kaum verwirklicht werden. Das Schaffen von Fakten und die Verhandlungen, die der Leiter der Zentralbank von Rußland, Viktor Geraschtschenko, und der Chef der Nationalbank von Belarus, Pjotr Prokopowitsch, kürzlich in Minsk über ein Emissionszentrum der Union führten, zeigen, daß politische Ziele und Ambitionen Vorrang vor ökonomischer Zweckmäßigkeit und einer nüchternen Bewertung der Effektivität der Integrationsprozesse genießen. Einige Experten gehen soweit, die Idee einer vorausgreifenden Währungsunion als Zeugnis für Inkompetenz in makroökonomischen Fragen zu interpretieren und darin ein mangelndes Verständnis internationaler Handels-, Währungs- und Finanzbeziehungen zu sehen. In ihren Augen stellt eine Währungsunion den Versuch dar, notwendige makroökonomische Maßnahmen zu vermeiden und einer mikroökonomischen Betrachtung der laufenden Wirtschaftsprozesse in Produktion und Handel den Vorrang zu geben.

Ungleiche Erwartungen an eine Währungsintegration

Die Idee, eine einheitliche Währung für Rußland und Belarus zu schaffen, war schon aufgekommen, bevor in Belarus überhaupt eine eigene Währung erschien. Dies ist darauf zurückzuführen, daß von 1991 bis 1993 (unmittelbar nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR) noch sowjetisches Geld in Umlauf blieb. Die Frage der Rückkehr zur Einheitswährung wurde praktisch von dem Moment an diskutiert, als der Belarus-Rubel eingeführt wurde. Ab 1994 nahmen sich Institutionen der GUS – die Zwischenstaatliche Bank und das Zwischenstaatliche Wirtschaftskomitee – der Frage an. Damals ging es um den allmählichen Übergang zu einem System fester Wechselkurse der GUS-Währungen untereinander, um eine schrittweise Vereinheitlichung der Währungsgesetzgebung und um die Notwendigkeit einer Annäherung der makroökonomischen Parameter.

Nach der Unterzeichnung des Vertrags über die Bildung einer Gemeinschaft zwischen Belarus und Rußland am 2. April 1996 wurde versucht, die im Rahmen der GUS erarbeitete Strategie zu nutzen und sie für den konkreten Fall – die Schaffung einer Einheitswährung für Rußland und Belarus – anzuwenden. Die künftige Einführung einer Einheitswährung wurde in Artikel 9 des Statuts der Union Belarus-Rußland vom 23. Mai 1997 festgeschrieben. Ende 1998 wurde die Erklärung über die weitere Vereinigung von Belarus und Rußland unterzeichnet, in der als Zeitpunkt für den Übergang zur Einheitswährung das Jahr 1999 festgelegt wurde.

Eine Folge der "objektiven Ungleichheit" zwischen Rußland und Belarus ist der drastische Unterschied im politischen Stellenwert der Währungsunion für beide Teilnehmerländer und die unvermeidliche Asymmetrie, mit der sie ihre Souveränitätsrechte wahrnehmen. Für Rußland ist das Problem der Währungsintegration mit Belarus von relativ geringer wirtschaftlicher Bedeutung, sein Hauptinteresse liegt im geopolitischen und militärstrategischen Bereich. Für Belarus hingegen hat die Schaffung der Währungsunion ungleich größeres wirtschaftliches Gewicht. Der Erhalt der Selbständigkeit im Währungsbereich würde bedeuten, daß das Land sich auf Beteiligung an der Globalisierung ausrichten würde – vor allem als Zwischenglied zwischen Rußland und dem europäischen Wirtschaftsraum – und so seine außenwirtschaftlichen Beziehungen auf der Basis der Äquidistanz zu diesen beiden Polen entwickeln könnte. Das Eingehen einer Währungsunion mit

Rußland hingegen bedeutet für Belarus einen privilegierten Zugang zum russischen Binnenmarkt und die Integration in die Weltwirtschaft gemeinsam mit Rußland.

Mögliche Folgen einer Wirtschaftsunion Belarus-Rußland

Gegenwärtig hängt die weißrussische Wirtschaftsproduktion weitgehend von den Umfeldbedingungen der außenwirtschaftlichen Tätigkeit ab. Einer der wesentlichsten Faktoren des nominalen Wachstums des weißrussischen Exportvolumens ist die permanente Abwertung des Belarus-Rubels, die zu erheblichen Preisverlusten führt.

Im Jahre 1999 ging der Export von Belarus um 2 Mrd. Dollar zurück. Belarus hinkt vor allem erheblich beim Export von Dienstleistungen nach, die nur 10 Prozent des gesamten Exportvolumens ausmachen. Abgesehen von strukturellen Schwächen im Außenhandel, besteht ein wesentliches Problem darin, daß der weißrussische Export vor allem auf Tauschhandel basiert. Das im März 2000 vorgestellte neue Nationale Programm zur Entwicklung des Exports bis 2005 sieht keinerlei konkrete Maßnahmen zu dessen Verringerung vor. Der Hauptanteil des weißrussischen Tauschhandels entfällt auf Rußland. Dabei stieg die physische Menge der im vergangenen Jahr nach Rußland gelieferten weißrussischen Waren um 3 Prozent, während der Export nach Rußland, gemessen am Devisenwert, um 16 Prozent sank. Das ist eine negative Folge der einseitigen Anbindung der weißrussischen Wirtschaft an Rußland. Dennoch sieht das neue Nationale Programm der Regierung eine Steigerung des Exports nach Rußland bis auf 57 Prozent des gesamten Exports von Belarus vor (d.h. mehr als 1999).

Russische Politiker und Ökonomen (aus der Gruppe der Befürworter einer raschen Einführung des russischen Rubels als Einheitswährung des Unionsstaates und somit der Unterordnung der Wirtschaftspolitik von Belarus unter das russische Diktat zum Nutzen für beide Seiten) stützen sich auf eine Theorie der Währungsunionen, laut der der Übergang von einer schwachen nationalen Währung zu einer stärkeren Einheitswährung der Einführung eines Regimes harter Haushaltsbeschränkungen in allen Bereichen einen wesentlichen Schub verleihen kann und die innere Disziplin und Verantwortung erhöht. Das, so meinen sie, gibt den in- und ausländischen Wirtschaftssubjekten Vertrauen in die Stabilität und Berechenbarkeit der Wirtschaftsbeziehungen, macht die Kosten für die Konvertierung der zwei Währungen überflüssig, beseitigt die Währungsrisiken in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zwischen den Subjekten beider Länder, gleicht den realen Geldwert in der Wirtschaft beider Länder einander an und erhöht die gegenseitige Transparenz der Märkte beider Länder sowie den Informationsstand der Entscheidungsträger im Bereich von Investitionen, Produktion und Konsum.

Als direkte Vorteile, die aus der Schaffung einer Währungsunion und der Einführung einer Einheitswährung erwachsen, gelten die Reduzierung von Transaktionskosten und das Verschwinden von Währungsrisiken. Darüber hinaus bringt eine Einheitswährung auch eine Reihe indirekter Vorteile. So erhöht die Ausweitung des Geld- und Kreditverkehrs die Effektivität der Währung als Wertmaß und als Tauschmittel. Unter Hinweis auf die Erfahrungen der westeuropäischen Wirtschafts- und Währungsunion soll die Einführung der Einheitswährung als Katalysator für die Stärkung der Geld- und Finanzmärkte, für die Verbreitung höher entwickelter Formen der Ressourcenmobilisierung und ihrer Allokation und für einen groß angelegten Umbau der Kreditinstitute dienen.

Die möglichen Kosten der Währungsintegration wären in erster Linie auf Verluste zurückzuführen, die dadurch entstehen, daß die Wechselkurse nicht mehr regulierend auf die nationale Währung einwirken. Diese Verluste können erheblich sein, wenn es zu sogenannten asymmetrischen Schocks kommt, d.h. zu wirtschaftlichen Erschütterungen, die einen der Teilnehmer der Währungsunion betreffen. Im vorliegenden Fall liegt es auf der Hand, daß Belarus derjenige Partner ist, der den asymmetrischen Schock erleben wird. Wenn die Einheitswährung eingeführt wird und die relativen Inlandspreise einander angeglichen werden, was eine reale Abwertung des Belarus-Rubels bedeutet, dann ist neben der möglichen zeitweiligen Verbesserung der Handelsbedingungen auch mit einem

gegenteiligen Resultat zu rechnen. Die Rede ist von einem raschen Absinken der inneren Effizienz der Exportproduktion weißrussischer Unternehmen, was wiederum eine Verlangsamung des Exports und der gesamten Industrieproduktion zur Folge hat. Auf mittlere Sicht kann das zu einer schwerwiegenden negativen Folge der Einführung der Einheitswährung werden, durch die die Realeinkommen des größeren Teils der Bevölkerung von Belarus sinken.

Mit der schnellen Einführung des russischen Rubels als Einheitswährung des Unionsstaates drohen den Wirtschaftssubjekten von Belarus direkte und indirekte Verluste durch Überbewertung ihrer Geldaktiva. Nach groben Berechnungen würde die Gesamtsumme der Verluste, die die Bevölkerung, die Unternehmen und die aus dem Staatshaushalt finanzierten Organisationen durch die Disparität der Inlandspreise und durch die Differenz zwischen dem offiziellen und dem Marktkurs des Belarus-Rubels zum russischen Rubel erleiden, zum Stichtatum 1. Februar 2000 eine Summe erreichen, die 600 Mio. US-Dollar entspricht. Dabei betragen alle Fremdwährungsdepositen der Unternehmen und der Bevölkerung von Belarus bei den Banken ca. 700 Mio. Dollar. Daraus kann man folgern, daß die Regierung von Belarus in ideologischer wie praktischer Hinsicht einen unter Umständen unerträglich hohen Preis für die Währungsunion mit Rußland zahlen muß.

Fazit

Sowohl die Befürworter als auch die Gegner der russisch-belarussischen Währungsintegration räumen auf die eine oder andere Weise ein, daß die erfolgreiche Vereinigung der Geld- und Kreditsysteme eine Konvergenz der wesentlichen makroökonomischen Parameter voraussetzt. Gegenwärtig sind allerdings zwischen Rußland und Belarus gravierende Divergenzen zu erkennen. Zudem hat Belarus die schmerzhafteste Etappe der Liberalisierung der Binnenmarktpreise, die alle übrigen Transformationsländer schon durchlaufen haben, noch vor sich. Die Währungsunion kann kein Mittel sein, die nationale Währung zu stabilisieren. Jede der Seiten, die einer Währungsunion beitreten, muß über eine feste und stabile Währung verfügen.

Weder der russische Rubel noch der weißrussische Rubel taugen zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch zu einer Währungsintegration. Rußland zählt heute zu den Ländern mit einer Wirtschaft "mittlerer Dollarisierung", der Monetarisierungsgrad der Wirtschaft ist unzureichend, während Tauschhandel, gegenseitige Schuldverschreibungen und der Gebrauch von Wechseln unzulässig hoch ist. Kapitalflucht ist endemisch, während fehlende langfristige Kredite die Investitionstätigkeit behindern. Ein hohes Budgetdefizit erschwert ebenfalls eine solide Währungsstabilisierung in der Russischen Föderation. Die weißrussische Währung ist zusätzlich geschwächt, da Belarus zu den "stark dollarisierten" Wirtschaften gehört, die Inflation inakzeptabel hoch und zudem noch unterdrückt ist. Die verschiedenen Wechselkurse sowie das rückständige Bankensystem sind weitere Problemfelder.

Die Asymmetrie der potentiellen Unionspartner, die sich u.a. in der Größe des Territoriums, der Bevölkerung und des Bruttoinlandsprodukts niederschlägt und die die Interessen Rußlands um einiges schwerer wiegen läßt als die von Belarus, ist eine weitere spezifische Besonderheit. Gleichzeitig jedoch sind sowohl Infrastruktur also auch demographische und geographische Ausgangsvoraussetzungen in Belarus vermutlich "europäischer". Die Bevölkerungsdichte in Belarus ist fast sechs Mal höher als in der Russischen Föderation, die Dichte des Eisenbahnnetzes fünf Mal und die Dichte des ausgebauten Straßennetzes zehn Mal. Sollten also in Belarus entsprechende Reformen eingeleitet werden, so wird sich das Land auch im Außenhandel eher an europäische Strukturen angleichen. Bereits jetzt ist das Außenhandelsvolumen pro Kopf der Bevölkerung in Belarus zwar nur um das Anderthalbfache höher als in Rußland, es unterscheidet sich jedoch qualitativ vom russischen, denn der weißrussische Export besteht vorwiegend aus Fertigprodukten. Auch wird die gleichmäßige Verteilung der Ressourcen über das ganze Land charakteristisch für Weißrußland sein. Rußland dagegen wird seine Ressourcen in einigen Schlüsselzentren konzentrieren müssen, die untereinander durch mächtige Transport-, Energie-, Informations- und Finanzströme verbunden sind.

Von erheblicher Bedeutung ist auch der geographische Faktor. Während Rußland sowohl in Europa als auch in Asien gelegen ist und vitale Interessen im Fernen Osten und im Asiatisch-Pazifischen Raum hat, ist der Umkreis der wirtschaftlichen und politischen Interessen von Belarus auf den europäischen Kontinent beschränkt. Die geographische Lage von Belarus – zwischen Rußland und der sich erweiternden Europäischen Union – wird in Zukunft die Entwicklung intensiver Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn erforderlich machen. Es besteht aller Grund zu der Annahme, daß mit der Durchsetzung des Euro die Dollarisierung der weißrussischen Wirtschaft recht bald durch eine "Euroisierung" ergänzt wird. Indessen wird in Rußland, nach allen vorläufigen Prognosen zu urteilen, die Verbreitung der neuen europäischen Währung viel langsamer verlaufen.

Damit kann es durchaus möglich sein, daß die Integration von Rußland und Belarus der Entwicklung der weißrussischen Wirtschaft keine neuen Impuls gibt, was durch die Erfahrungen der bestehenden Beziehungen zwischen beiden Ländern bestätigt wird. Zwar verursacht die Unvollkommenheit der Zollunion heute einen Kapitalabfluß (zugunsten von Belarus) in Höhe von jährlich ca. 1,5 Mrd. Dollar, aber Rußland ist gegenwärtig bemüht, die Schlupflöcher zu versperren, durch die Mittel nach Belarus fließen. Auch lassen sich schon heute Beispiele dafür nennen, wie weißrussisches Kapital und weißrussische Waren vom russischen Markt verdrängt werden. Russische Ölgesellschaften können bereits seit einigen Jahren kein Investitionskapital für den Wiederaufbau der weißrussischen Raffinerien bereitstellen. Die Lieferungen von russischem Gas an weißrussische Verbraucher zu niedrigen Preisen befriedigen nur zu zwei Dritteln die weißrussische Nachfrage. Das Land "bezahlt" für die Energielieferungen damit, daß Rußland anfallende Pachtzahlungen für die Nutzung von Ölpipelines und Militärstützpunkte erlassen werden.

Die wirtschaftliche Integration Belarus-Rußland wird häufig als gewaltsame Vereinigung zweier rückständiger Wirtschaften bezeichnet. Denn gäbe es nicht die hohen Zölle für Importwaren, dann würde heute niemand in Belarus Autos der Marke "Shiguli" (= "Lada") und in Rußland niemand "Horizont"-Fernseher aus Minsk zu Preisen kaufen, die schon lange weit über dem Weltmarktpreis liegen (1996 wurden die russischen "Shiguli" in den GUS-Ländern für durchschnittlich 8860 US-Dollar verkauft, während die gleichen Autos im fernen Ausland 3960 Dollar kosteten). Versuche, die Produktion auf der Basis von Finanz-Industrie-Gruppen ausschließlich im Raum der Wirtschaftsunion zu integrieren, erweisen sich – vielleicht mit Ausnahme der Produktion von Luftabwehrraketen – als wenig effektiv.

Elena Daneiko

Die Verfasserin arbeitet als Journalistin bei der unabhängigen Wirtschaftsfachzeitschrift "Belorusskaja Delovaja Gazeta" (Minsk).

Redaktion: Stefanie Harter

Übersetzung: Bernd Bentlin

herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>

E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071